

Aus dem Stadtrat: Kardinal-Lehmann-Platz

Mainz bekommt einen Kardinal-Lehmann-Platz

CDU-Antrag wird einstimmig verabschiedet – Verwaltung soll Standorte suchen

Die Stadt Mainz bekommt einen Kardinal-Lehmann-Platz. Der Stadtrat verabschiedete in seiner Sitzung am 9. Mai 2018 einstimmig einen von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag. Die Verwaltung soll jetzt in den nächsten Monaten nach geeigneten Plätzen in der Mainzer Innenstadt suchen, die nach dem am 11. März 2018 verstorbenen Ehrenbürger und langjährigen Bischof benannt bzw. umbenannt werden könnten. Bei der Suche nach einem geeigneten und angemessenen Ort soll auch das Bistum Mainz eingebunden werden.

CDU-Fraktionschef Hannsgeorg Schönig blickte in seiner Rede im Rat noch einmal zurück auf den Todestag von Kardinal Lehmann. „Als sich am Morgen des 11. März bei den Mainzerinnen und Mainzern herumgesprachen hatte, dass ihr ehemaliger Bischof im Alter von 81 Jahren verstorben ist, da hatte man das Gefühl, dass Mainz innehält. Zwar war bekannt, dass es dem Kardinal nicht gut geht, und er möglicherweise nicht mehr lange leben würde, aber dennoch war die Nachricht von seinem Tod für viele Menschen in unserer Stadt, nicht nur für die katholischen Christen, ein Schock.“ Wie beliebt und angesehen Kardinal Lehmann war, habe man in den Tagen nach seinem Tod bis zu seiner Beerdigung erleben können. Unzählige Menschen seien in den Dom und in andere Kirchen geströmt, hätten Kerzen angezündet und sich von ihm in der Augustinerkirche verabschiedet.

Bei den Mainzerinnen und Mainzern sei er aber auch deshalb so beliebt und angesehen gewesen, weil er mit seiner offenen, bodenständigen, herzlichen, den Menschen zugewandten Art zur Stadt gepasst habe wie kein Zweiter. „Uns ist es als CDU deshalb ein Anliegen, diesen besonderen Menschen mit seinen vielen Verdiensten für die Stadt und das Bistum zu ehren und einen Platz im Herzen der City nach ihm zu benennen.

Die große Zustimmung in der Bevölkerung zu unserem Anliegen zeigt, dass dies im Sinne der Mainzerinnen und Mainzer ist“, betonte der Fraktionsvorsitzende.

Den von den Ampelparteien erhobenen Vorwurf, dass der Antrag zu früh komme und es der CDU nur um Profilierung gehe, wies Schönig energisch zurück. „Die Argumentation der Ampel ist schon merkwürdig: wenn der SPD-Oberbürgermeister etwas vorschlägt, dann ist es in Ordnung, aber

wenn es von der CDU kommt, dann ist es Wahlkampf. Hätten wir den Vorschlag im nächsten Jahr eingebracht, dann wäre uns das wegen der Kommunalwahl auch vorgehalten worden. Man kann also über diese Argument der Ampel nur den Kopf schütteln.“ Darüber hinaus sei mit der tatsächlichen Einweihung eines Kardinal-Lehmann-Platzes frühestens in einem Jahr zu rechnen.



Fraktionschef
Hannsgeorg
Schönig
sagte im Rat:

„Kardinal Lehmann war ein außergewöhnlicher Mensch und eine herausragende Persönlichkeit. Er hat unsere Stadt, das Bistum Mainz und die katholische Kirche in Deutschland in den letzten Jahrzehnten in überwältigender Art und Weise geprägt.“



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion



Aus dem Stadtrat: Housing Area Gonsenheim

CDU will Charakter der Housing Area erhalten

Christdemokraten kritisieren Ampel-Antrag und Vorgehen von OB Ebling

Die Zukunft der Housing Area in der Finther Landstraße in Gonsenheim erregt seit einiger Zeit die Gemüter – und das nicht nur im betroffenen Stadtteil. Auch in der Stadtratssitzung am 9. Mai 2018 ging es hoch her. Der Grund: ein Antrag der Ampelkoalition zu dieser Thematik, in der diese unter anderem forderte, den Bestand an öffentlich gefördertem und barrierefreiem Wohnraum in dem Quartier auf das MAXIMAL MÖGLICHE zu erhöhen und den Grünanlagencharakter sowie den Baumbestand nur NACH MÖGLICHKEIT zu erhalten. Die CDU wollte dagegen in einem Änderungsantrag gemeinsam mit ÖDP und FW-G erreichen, dass in dem Areal der Grünanlagencharakter des Quartiers und der Baumbestand genauso erhalten bleiben wie die vorhandene, lockere Bebauung in ihren Strukturen. Darüber hinaus wollten CDU, ÖDP und FW-G die Housing Area als Generationenpark mit einem Wohnungsmix für breite Bevölkerungsschichten und barrierefreiem Wohnraum entwickeln, die Bevölkerung von Anfang an beteiligen und den Charakter des Quartiers durch eine Erhaltungssatzung absichern. Auch sollte die Stadt selbst ein städtebauliches Konzept entwickeln und nicht die Wohnbau.

Bereits einige Tage vor der Ratssitzung hatte die CDU bei einem Vor-Ort-Termin in der Housing Area, an dem mehr als 120 besorgte Bürgerinnen und Bürger teilnahmen, davor gewarnt, dass dieses besondere Areal durch die Pläne von Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) und den Antrag der Ampelkoalition negativ verändert werden würde und es zu einer massiven Nachverdichtung und einer Vernichtung von Grünflächen kommen könnte.

In ihrer Rede im Rat kritisierte die Gonsenheimer Ortsvorsteherin Sabine Flegel sowohl das Vorgehen von Ob Ebling als auch den schwammig formulierten Antrag der Ampel. „Die von SPD, Grünen und FDP gewählte Formulierung ist nichts anderes als eine Mogelpackung. Sie bietet nämlich die Chance einer engen Nachverdichtung, durch welche der Charakter des Quartiers zerstört werden würde“, so die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende. Die Bürgerinnen und Bürger seien durch etliche negative Beispiele aus anderen Stadtteilen sensibilisiert und sehr misstrauisch. Sie appellierte an die Ampel, den Änderungsantrag von CDU, ÖDP und FW-G zu unterstützen, um alle Unklarheiten zu beseitigen.

Der leidenschaftliche Appell nutzte am Ende jedoch nichts. Zwar erklärte die Ampel, dass auch sie den Charakter des Quartiers erhalten wolle, am Ende wurde der Änderungsantrag der CDU jedoch weitgehend abgelehnt und ihr eigener Antrag gegen die Stimmen von Union und FW-G und bei Enthaltung der ÖDP verabschiedet.



Sabine Flegel, CDU-Kreisvorsitzende und Gonsenheimer Ortsvorsteherin, betont:

„Wir wollen den Charakter der Housing Area erhalten.“

CDU-Stadtratsfraktion
ÖDP-Stadtratsfraktion
FW-G-Stadtratsfraktion

Sitzung des Stadtrats am 9. Mai 2018

Gemeinsamer Änderungsantrag

Betr. Vorlagen 0700/2018/1
Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP „Housing Area für bezahlbaren Wohnraum sichern“

Die Ziffern 1, 3 und 4 des Antrags werden wie folgt geändert:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit der BImA in Verhandlungen über den Erwerb der Housing Area in der Finther Landstraße einzutreten.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, für das Gelände der Housing Area in der Finther Landstraße in Mainz-Gonsenheim ein städtebauliches Konzept mit den nachfolgenden Zielen zu erstellen:
 - 3.1 Es ist eine sozial ausgewogene Bevölkerungsstruktur sicherzustellen mit bis zu 25 Prozent öffentlich geförderten und im Erdgeschoss barrierefreien Wohnungen.
 - 3.2 Ein Kahlschlag ist zu verhindern; der Grünanlagencharakter des Quartiers und der Baumbestand müssen genauso erhalten bleiben wie die vorhandene, lockere Bebauung in ihren Strukturen.
 - 3.3 Das Quartier soll als Generationenpark einen Wohnungsmix für breite Bevölkerungsschichten anbieten, dies sozial ausgewogen, ökologisch und ökonomisch verantwortlich, insbesondere Generationen übergreifend familienfreundlich und mit dem Angebot von Mehrgenerationenwohnen. Breiten Kreisen der Bevölkerung sowie älteren Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen soll solange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Die im Antrag 1711/2012 niedergelegten Ziele sind in die Prüfung einzubeziehen.
 - 3.4 Ziel ist eine Absicherung des Charakters des Quartiers durch eine Erhaltungssatzung.
4. Eine breite Öffentlichkeit sowie die zuständigen städtischen Ausschüsse und der Ortsbeirat Gonsenheim sollen regelmäßig in die weiteren Schritte einbezogen werden mit der Maßgabe, dass die Bürgerinnen und Bürger über das gesetzlich geforderte Maß hinaus z. B. im Rahmen einer Planungswerkstatt frühzeitig, dauerhaft und transparent an den Beratungen beteiligt werden, dies auch internetbasiert.

Hannsgeorg Schönia
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Claudius Moseler
Fraktionsvorsitzender ÖDP

Kurt Mehler
Fraktionsvorsitzender FW-G



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion





Aus dem Stadtrat: Gutenberg-Museum

CDU: Gutenberg-Museum mit Mut modernisieren **Rat beschließt Arbeitswerkstatt – Gem. Antrag von CDU & Ampel**

Nach dem deutlichen Nein der Mainzerinnen und Mainzer zum geplanten Bibelturm bleibt das Gutenberg-Museum auf der kommunalpolitischen Agenda. Diskutiert wird die Frage, wie das Museum jetzt modernisiert und zukunftsfest gemacht werden kann. Für die große Mehrheit des Rates steht fest, dass gemeinsam nach Lösungen und Konzepten gesucht werden muss, und dass dabei auch die beiden Bürgerinitiativen eingebunden werden müssen. Um den Prozess in Gang zu setzen, haben CDU, SPD, Grüne und FDP in der Sitzung des Stadtrats am 9. Mai 2018 einen gemeinsamen Antrag mit dem Titel „Erweiterung des Gutenberg-Museum – zusammen für ein zukunftsfähiges Museum“ eingereicht.

In diesem wird die Verwaltung gebeten, zeitnah eine Arbeitswerkstatt unter Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter aller Stadtratsfraktionen, der Museumsleitung, der Verwaltung selbst, der Gutenberg-Stiftung sowie der beiden Bürgerinitiativen einzurichten. Aufgabe dieses Gremiums soll sein, Möglichkeiten und Empfehlungen für die Zukunft des Museums auszuloten. Zudem wird die Beteiligung des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz in Mitträgerschaft angestrebt.



Im Rat herrschte weitgehend Einigkeit, dass jetzt einzig und allein die Zukunft des Weltmuseums der Druckkunst in den Mittelpunkt aller Diskussionen gerückt werden müsse. Parteipolitische Überlegungen sollten zurückgestellt werden. Vielmehr müssten alle miteinander reden und Vorschläge entwickeln. Für die CDU betonte der kulturpolitische Sprecher Dr. Markus Reinbold, dass man bei zukünftigen Plänen Mut brauche und auch ein gewisses Risiko eingehen müsse. Nur so könne man einen großen Wurf erreichen und letztlich das Gutenberg-Museum modernisieren.

„Wir brauchen eine Art Roadmap mit realisierbaren Zielen, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden können“, so der Kulturpolitiker. Bei der künftigen Finanzierung müsse das Land Rheinland-Pfalz eine Schlüsselrolle spielen und viel stärker in die Verantwortung genommen werden. Für die CDU sei die Zukunft und Modernisierung des Gutenberg-Museums eine Herzensangelegenheit. Deshalb sei es selbstverständlich, dass man bei den weiteren Schritten aktiv mitarbeiten werde.

Am Ende verabschiedete der Rat einstimmig den gemeinsamen Antrag von CDU und Ampel. Für CDU-Fraktionschef Hannsgeorg Schönig ist dies ein ermutigendes Signal für das Gutenberg-Museum und die dort Verantwortlichen. „Wir haben einen ersten Schritt gemacht. Es ist gut, dass mit so großer Leidenschaft über die Zukunft dieser bedeutenden Einrichtung diskutiert wird und alle Akteure ihre Bereitschaft erklärt haben, nach konstruktiven und zukunftsfähigen Lösungen zu suchen. Dieser Weg muss weiter beschritten und jetzt ausgefüllt werden.“



Dr. Markus Reinbold,
kulturpolitischer
Sprecher, betont die
Bedeutung des
Gutenberg-Museums:

**„Für uns als CDU ist und bleibt
das Gutenberg-Museum eine
Herzensangelegenheit. Wir
wollen die Zukunft aktiv
mitgestalten.“**



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion



AUS DEM STADTRAT: REGIONALAUSSCHUSS RHEINHESSEN

Ampel lehnt Regionalausschuss Rheinhessen ab

CDU-Antrag sollte Identität der Region stärken und entwickeln

Es ist gerade einmal zwei Jahre her, dass das 200-jährige Jubiläum von Rheinhessen groß gefeiert wurde. Aber nicht nur diese Feierlichkeiten haben gezeigt, dass sich die Region in vielfältiger Weise hervorragend weiterentwickelt hat, so etwa in der Kultur, in der Wirtschaft oder auch im Tourismus. Für die CDU war klar, dass das Jubiläum und das damit zusammenhängende Gemeinschaftsgefühl keine einmalige Angelegenheit bleiben darf, sondern dass die entstandene Dynamik genutzt werden muss, um die Frage zu beantworten, wie Rheinhessen in Zukunft als Einheit organisatorisch, politisch, sozial und kulturell gestaltet werden kann. Die CDU hatte deshalb in der Stadtratssitzung am 9. Mai 2018 einen Antrag zu diesem Thema eingereicht.

In diesem wurde vorgeschlagen, die Zusammenarbeit zwischen den kreisfreien Städten Mainz und Worms sowie den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms weiter zu intensivieren und einen gemeinsamen Regionalausschuss Rheinhessen ins Leben zu rufen. Aufgabe dieses Ausschusses soll sein, die unverwechselbare Identität von Rheinhessen zur Geltung zu bringen und weiterzuentwickeln. Die Überlegungen der CDU sehen vor, dass der Ausschuss aus 44 Mitgliedern bestehen sollte, die zu gleichen Teilen von den beteiligten Kreistagen und Stadträten gewählt werden. Dabei sind die Landräte und Oberbürgermeister geborene Mitglieder. Der Vorsitz würde jährlich zwischen den Landräten bzw. Oberbürgermeistern wechseln.

In ihrer Rede im Rat betonte Sabine Flegel, CDU-Kreis- und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, dass es in vielen Bereichen in Rheinhessen schon eine Zusammenarbeit gebe, so etwa im Tourismus oder im kommunalpolitischen Bereich mit dem Nachbarschaftsausschuss der Stadt Mainz mit dem Landkreis Mainz-Bingen. „Wir haben aber bis heute kein interkommunales Gremium der beiden Landkreise und der beiden kreisfreien Städte, das sich allgemein mit einer Zusammenarbeit, Entwicklung, Abstimmung oder Koordination rheinhessischer Themen oder Projekte befasst.“

Um aber den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, müsse Rheinhessen seine vielfältigen Interessen bündeln und als Gemeinschaftsaufgabe verstehen. Ein Regionalausschuss Rheinhessen sei ein wichtiger Schritt, um dies zu erreichen. „Wir müssen unsere Heimatregion Rheinhessen als Ganzes sehen, voranbringen und bereits vorhandene Initiativen koordinieren, bündeln und harmonisieren sowie neue Projekte entwickeln“, so Flegel.

Bei der Ampelkoalition stieß dieser Appell jedoch auf taube Ohren. Vielmehr betonten die Vertreter von SPD, Grünen und FDP, dass ein solcher Ausschuss aktuell nicht sinnvoll sei und man zunächst die Ergebnisse der im Oktober anstehenden Rheinhessenkonferenz abwarten wolle. Bei der CDU stieß diese Argumentation auf Unverständnis. Auch ein Vorschlag, das Thema wenigstens im Hauptausschuss zu diskutieren, wurde von der Ampel ignoriert. Am Ende lehnten SPD, Grüne und FDP den CDU-Antrag ab.



Sabine Flegel, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, setzte sich für Rheinhessen ein:

„Wir wollen nach dem großen Erfolg des Rheinhessen-Jubiläums den Schwung nutzen und die Identität der Region stärken. Ein Regionalausschuss wäre ein wichtiger Schritt hierfür.“



Aus dem Stadtrat: Anfrage Große Langgasse

CDU thematisiert kritische Situation vieler Einzelhändler

Seit einiger Zeit wird die Große Langgasse umgebaut. Neben den Verkehrsteilnehmern leiden insbesondere die in der Straße sowie in der näheren Umgebung angesiedelten Einzelhändler und Gastronomiebetriebe unter den Umbaumaßnahmen und den damit verbundenen Beeinträchtigungen. Viele Betroffene aus dieser Gruppe berichten von massiven Umsatzrückgängen und bemängeln, dass in den letzten Wochen immer weniger Kunden in die Geschäfte und Lokale kommen würden. Als Grund für ihr Verhalten nennen viele Kunden die Verkehrssituation und die Verkehrsführung. Die CDU hat die Nöte der Händler in der Ratssitzung am 9. Mai 2018 aufgegriffen und eine Anfrage zu der Thematik eingereicht. Darin wurde die Verwaltung unter anderem gefragt, wie sie die Situation zu verbessern gedenke und ob es Möglichkeiten gebe, die Verkehrsführung in diesem Bereich zu ändern.

In ihrer Antwort verwies die Verwaltung auf Gespräche, Infoabende und Sprechstunden, die es sowohl im Vorfeld als auch nach Aufnahme der Bauarbeiten gegeben habe und es diese auch weiter geben werde. Zudem würden den Gewerbetreibenden und Gastronomen in direkter Nachbarschaft zur Baustelle die Sondernutzungsgebühren erlassen. Eine Änderung der Verkehrsführung wurde von Verkehrsdezernentin Katrin Eder (Grüne) abgelehnt. Die jetzige Verkehrsführung habe sich etabliert, eine Änderung würde nur neues Chaos erzeugen. CDU-Stadratsmitglied Thomas Neger hofft, dass die Sorgen und Nöte der Einzelhändler und der Gastronomiebetriebe in der Großen Langgasse und der näheren Umgebung von Seiten der Verwaltung ernst genommen werden. „Wenn ich mir die Stellungnahmen der Ampel bzw. der SPD zu diesem Thema anschau, dann habe ich jedoch große Zweifel, dass dies der Fall sein wird.“

Aus dem Stadtrat: Anfrage Kosten Mainzelbahn

Gesamtkosten für Mainzelbahn weiter offen

Seit Dezember 2016 fährt die Mainzelbahn inzwischen durch Mainz. Bis heute ist jedoch unklar, wie hoch die tatsächlichen Kosten für dieses Verkehrsprojekt waren. Bislang ist man immer von Gesamtkosten für Bau und Planung in Höhe von 90 Millionen Euro ausgegangen. „Wir haben in den letzten Monaten in den entsprechenden Gremien bereits mehrfach nachgefragt, ohne jedoch von den Verantwortlichen eine Antwort erhalten zu haben. Immer wieder wurden wir vertröstet“, so der verkehrspolitische Sprecher Thomas Gerster. Die CDU hatte deshalb für den Stadtrat am 9. Mai 2018 eine Anfrage zu diesem Thema eingereicht.

Eine konkrete Antwort blieb die Verwaltung jedoch weiterhin schuldig. Vielmehr erklärte Verkehrsdezernentin Katrin Eder von den Grünen, dass bis heute noch nicht alle Schlussrechnungen der beauftragten Firmen vorliegen würden. Sie erwarte die endgültige Kostenaufstellung Anfang des Jahres 2019. Für Thomas Gerster steht fest: „Frau Eder kann sich darauf verlassen, dass die CDU weiter hartnäckig an dieser Thematik dranbleibt.“



CDU-Stadtrat Thomas Neger appellierte an die Verwaltung:

„Wir können nur hoffen, dass die Stadt die Sorgen und Nöte der Einzelhändler und Gastronomiebetriebe in diesem Gebiet auch wirklich ernst nimmt.“



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion



Aktuelles: Rheinbrücke

CDU erneuert Forderung nach einer weiteren Rheinbrücke

Union will Projekt zügig vorantreiben – Mehr Tempo gefordert



In der Stadtratssitzung am 7. Februar 2018 wurde mit großer Mehrheit im Zuge der Beratungen zum Thema CityBahn ein CDU-Antrag beschlossen, in dem die Verwaltung aufgefordert wurde, in enger Abstimmung mit der Stadt Wiesbaden nach geeigneten Standorten für den Bau einer weiteren Rheinbrücke zu suchen und diese hinsichtlich einer zeitnahen Realisierung zu prüfen und zudem Kontakt zu möglichen Zuschussgebern aufzunehmen. Seit diesem wichtigen Beschluss hat man jedoch von Seiten der Stadt nichts mehr zu diesem Thema gehört.

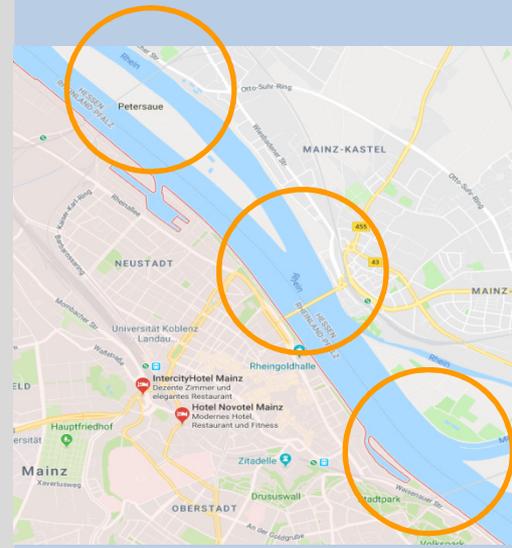
Die CDU drückt bei dieser wichtigen Frage jetzt aufs Tempo und fordert deshalb von der Verwaltung, die Planungen für eine weitere Rheinbrücke zwischen den Städten Mainz und Wiesbaden zügig voranzutreiben. „Wir brauchen angesichts der aktuellen Situation und der verkehrlichen Prognosen für die Zukunft zwingend eine weitere Brücke und dürfen keine unnötige Zeit verlieren. Das erwarten die Menschen völlig zu Recht von den Verantwortlichen im Rathaus. Mainz und Wiesbaden sind gemeinsam mit den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen gefordert, zügig zu planen und alles für eine schnelle Realisierung in die Wege zu leiten“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher Thomas Gerster.

Während die CityBahn von Seiten der Verwaltung vorangetrieben werde, höre man nichts über den Stand hinsichtlich der Prüfung für mögliche Brückenstandorte. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung hätten aber deutlich gemacht, dass die Bürgerinnen und Bürger genau wie die CDU eine weitere Rheinquerung als absolut notwendig ansehen. „Wir erwarten deshalb von Verkehrsdezernentin Katrin Eder (Grüne) und Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD), dass sie die Planung und Realisierung einer weiteren Rheinbrücke mit dem gleichen Tempo und Engagement vorantreiben wie das Projekt CityBahn“, so Thomas Gerster. Die CDU vertrete weiter mit Nachdruck die Position, dass diese nur in Verbindung mit einer weiteren Rheinquerung kommen könne. Mit unverbindlichen Aussagen von Seiten der Verkehrsdezernentin werde man sich nicht zufrieden geben.



Thomas Gerster,
verkehrspolitischer
Sprecher der
CDU-Stadtratsfraktion,
fordert mehr Tempo:

**„Wir erwarten, dass die
Planung und Realisierung
einer weiteren Rheinbrücke mit
dem gleichen Tempo
vorangetrieben wird wie die
CityBahn.“**



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion

